

VORWÄRTS BERLIN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BERLIN



Neuer Senator für Stadtentwicklung und Umwelt: Michael Müller.



Übernimmt das Ressort für Arbeit, Integration, Frauen: Dilek Kolat.



Senatorin für Bildung, Jugend, Wissenschaft: Sandra Scheeres.



Bleibt auch im neuen Senat zuständig für Finanzen: Ulrich Nußbaum.

EIN GUTER ABSCHLUSS

Koalitionsvertrag „mit roter Tinte geschrieben“

Berlins neuer Senat hat seine Arbeit aufgenommen. Sein Ziel: die Wirtschaftskraft der Stadt weiterzuentwickeln, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, die soziale Stadt zu stärken sowie die Bildungsangebote auszubauen. „Berliner Perspektiven für starke Wirtschaft, gute Arbeit und sozialen Zusammenhalt“ lautet die Überschrift der Koalitionsvereinbarung - Begriffe, die auch über dem Wahlprogramm der Berliner SPD standen.

Am 15. November waren die Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und CDU planmäßig beendet worden, mit Kompromissen in den letzten offenen Fragen und bei der Ressortaufteilung.

So einigten sich die beiden Parteien u.a. auf die von der SPD geforderte Erhöhung des im Vergabegesetz festgelegten Mindestlohns, den Firmen zahlen müssen, die öffentliche Aufträge erhalten wollen. Er soll von 7,50 Euro auf 8,50 Euro steigen. Eingeführt wird auch die von der SPD vorgeschlagene City Tax, eine Abgabe auf Hotelübernachtungen, die dem Land gut 20 Millionen Euro zusätzliche Einnahmen bringen kann. Moderat angehoben wird die Grunderwerbssteuer.

Um die Integration zu erleichtern, will der künftige Senat die von der rot-roten Landesregierung gestartete Bundsratsinitiative zur Abschaffung des Optionsmodells auf Bundesebene fortführen. Das Optionsmodell zwingt Jugendliche mit Migrationshintergrund bislang, sich bis zum 21. Lebensjahr zwischen der Staatsbürgerschaft des Herkunftslandes ihrer Eltern oder der deutschen Staatsbürgerschaft zu entscheiden.

Der Senat will auch bei seiner bisherigen Haltung bleiben, Lehrer nicht mehr zu verbeamten, da sie keine hoheitlichen Aufgaben zu erfüllen haben. Der Beamtenstatus würde später zu höheren Pensionslasten für das Land führen.

Auf dem Landesparteitag der Berliner SPD am 21. November sprach sich ei-



Vereidigung: Klaus Wowereit ist am 24. November erneut zum Regierenden Bürgermeister gewählt worden.



Vorstellung der neuen Senatorinnen und Senatoren im SPD-Landesvorstand und der Fraktion.

ne deutliche Mehrheit für den Vertrag aus. „Wir haben für Bündnisse jenseits der CDU gekämpft“, so Müller. „Wir alle wollten etwas anderes.“ Die SPD habe sehr ernsthaft mit den Grünen verhandelt, aber erkennen müssen, dass es nicht geht. Die Grünen seien derzeit nicht regierungsfähig. Müller: „Wir sind nicht für ein Koalitionsabenteuer gewählt worden, wir sind gewählt worden, um Probleme zu lösen.“

Dafür schafft die Koalitionsvereinbarung nach Ansicht des SPD-Landesvorsitzenden ein gutes Fundament: „Diese 100 Seiten sind mit roter Tinte geschrieben.“ Wie Michael Müller warb auch Klaus Wowereit auf dem Landesparteitag für die Annahme der Koalitionsvereinbarung mit der CDU. Die Umsetzung der Koalitionsvereinbarung sei aber eine



Unterschieden: Klaus Wowereit, Michael Müller, Frank Henkel und Bernd Krömer präsentieren den Koalitionsvertrag.

Gemeinschaftsaufgabe, betonte Klaus Wowereit.

In geheimer Abstimmung stimmten die Parteitage delegierten der Berliner SPD dem Koalitionsvertrag mit der CDU am Ende zu: Für den Vertrag stimmten 176 Delegierte, dagegen 39. Sieben Delegierte enthielten sich. Die CDU nahm den Vertrag einstimmig an.

Bei der Wahl im Berliner Abgeordnetenhaus am 24. November stimmten 84 Abgeordnete für Klaus Wowereit als Regierenden Bürgermeister, zwei weniger als die Koalition hat. Gegen ihn stimmten 63 Abgeordnete, es gab eine Enthaltung. In einer gemeinsamen Sitzung von SPD-Landesvorstand und Fraktion präsentierte Klaus Wowereit die neuen SPD-Vertreterinnen im Senat: Der bisherige Fraktionsvorsitzende Michael Müller (46) wird neuer Senator für Stadtentwicklung und Umwelt, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dilek Kolat (44) übernimmt das Ressort für Arbeit, Integration, Frauen. Finanzsenator bleibt Ulrich Nußbaum (54), Senatorin für Bildung, Jugend und Wissenschaft wird Sandra Scheeres (41). Als jugend- und familienpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion habe die Pankower Abgeordnete Sandra Scheeres in den vergangenen Jahren absolute Fachkompetenz und großes persönliches Engagement gezeigt, so Klaus Wowereit. Chef der Senatskanzlei wird Björn Böhning. ■ uh

BERLINER
PERSPEKTIVEN

Im rot-schwarzen Koalitionsvertrag konnte die SPD zahlreiche Forderungen aus ihrem Wahlprogramm festschreiben. Zum Beispiel:

Bildung. Die Schulstrukturreform mit Sekundarschule und Gymnasium bleibt erhalten, die Einrichtung neuer Gemeinschaftsschulen ist möglich. Ein „Schulfrieden“ bietet den Schulen den Rahmen, die bisherigen Reformen in Ruhe umzusetzen. Der Ethikunterricht bleibt erhalten. Über das jahrgangsübergreifende Lernen in der 1. bis 3. Klasse der Grundschule entscheidet die Schulkonferenz.

Gleichstellung. Die Koalition hält am novellierten Landesgleichstellungsgesetz (LGG) fest. Bei der Neubesetzung von Vorstands- und Geschäftsleitungspositionen soll das Gesetz konsequent angewendet werden. Gender-Mainstreaming und Gender-Budgeting sind Eckpfeiler der Gleichstellungspolitik.

Integration. Die bisherige Linie wird fortgesetzt. Leitbild ist die Weiterentwicklung Berlins zur europäischen Integrationsmetropole. Integrationspolitik ist eine wichtige Querschnittsaufgabe. Der Senat will eine Willkommenskultur etablieren, die den Zuwanderern zeigt, dass sie in Berlin erwünscht und gewollt sind.

Infrastruktur. Wichtige Investitionsprojekte wie der Großflughafen sollen zum Erfolg geführt werden, Pläne für Tempelhof und Tegel werden fortentwickelt.

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesverband
Berlin
Redaktion:
Ulrich Horb (v.i.S.d.P.)
Anschrift:
Müllerstr. 163
13353 Berlin
Tel.: 030-4692150
Fax: 030-4692240
Mail: vorwaerts@spd-berlin.de

„DIE BESSEREN ARGUMENTE“

Koalitionsvertrag bietet gute Basis

von Christian Gaebler

Die Koalitionsverhandlungen mit der CDU waren kein Spaziergang. In den Fachgruppen und in der großen Verhandlungskommission wurde freundlich im Ton, aber hart in der Sache diskutiert. Bei der CDU waren die zehn Jahre Opposition deutlich zu merken, ihre starke Fixierung auf Einzelpunkte erschwerte die Diskussion über Gesamtkonzepte. Letztendlich hatte die SPD-Seite überwiegend die besseren Argumente und die größere Überzeugungskraft.

Im Bereich Bauen/Wohnen/Mieten gingen wir mit klaren Vorstellungen von mieterfreundlichen Vorgaben an landeseigene Gesellschaften, rechtlichen Begrenzungen von Mieterhöhungen auf Bundesebene und einer nicht nur an finanziellen Erlösen orientierten Liegenschaftspolitik in die Diskussion. Die Koalition wird sich nun auf Bundesebene für stärkere gesetzliche Begrenzungen der allgemeinen Mieterhöhungen einsetzen.

Für Modernisierungsmaßnahmen soll weniger auf die jährliche Miete umgelegt werden können. Die landeseigenen Gesellschaften werden stadtweit in ihren Beständen einen Teil der Wohnungen vorrangig an Einkommensschwache zu entsprechend tragbaren Mieten vermieten. Es gibt keinen Verkauf von landeseigenen Wohnungen, stattdessen soll die Zahl auf 300.000 erhöht werden. Und zur weiteren Entlastung des Wohnungsmarkts sollen pro Jahr im Schnitt 6000 neue Wohnungen in Berlin entstehen, durch öffentliche und private Bauherren.

Im Bereich des Arbeitsmarkts haben wir uns von dem klassischen, aber teu-



Im Gespräch mit Klaus Wowereit: Christian Gaebler auf dem Landesparteitag am 21. November.



Ehrengast auf dem Parteitag der Berliner SPD: Egon Bahr verfolgte die Debatte um den Koalitionsvertrag.

ren Öffentlichen Beschäftigungssektor (ÖBS) verabschiedet. Wir setzen auf ein Programm „BerlinArbeit“, in dessen Rahmen es auch weiterhin öffentlich geförderte Beschäftigung geben wird, um insbesondere Langzeitarbeitslose und gering Qualifizierte in Arbeit zu bringen. Dazu gehören auch eine Qualifizierungsoffensive und eine vertiefte Berufsorientierung und Berufseinstiegsbegleitung. Besonders wichtig ist die Einigung auf eine Erhöhung des Mindestlohns im Berliner Vergabegesetz auf 8,50 Euro.

Ein schwieriges Thema ist die Zukunft der S-Bahn. Eine Direktvergabe für den weiteren Betrieb an die Deutsche Bahn ist nicht möglich. Eine Ausschreibung des Netzes als Ganzes ist nach einem Urteil des Bundesgerichtshofs nicht zulässig. Der Neuaufbau eines S-Bahn-Betriebs durch ein kommunales Unternehmen ist unter dem vorhandenen Zeitdruck schwierig und wurde von der CDU auch grundsätzlich abgelehnt.

Wir wollen ein offizielles Kaufangebot an die Deutsche Bahn AG für die Übernahme der S-Bahn Berlin GmbH in Landesregie machen. Wenn die Verhandlungen des Senats mit der Deutschen Bahn nicht zu einem positiven Ergebnis führen, muss die rechtssichere Vergabe über eine Ausschreibung starten und damit auch der Prozess der Wagenbestellung mit der Industrie auf den Weg gebracht werden.

Die Möglichkeit einer kommunalen Übernahme des S-Bahn-Betriebs wird im neuen Betreibervertrag durch eine Kaufoption auf den Fuhrpark gesichert. Bei der Ausschreibung werden soziale Standards für die Beschäftigten im Rahmen der entsprechenden EU-Richtlinie und eine Übernahmeverpflichtung für das vorhandene Personal festgeschrieben. Wir gehen allerdings davon aus, dass die Deutsche Bahn gute Chancen hat, hier wieder zum Zuge zu kommen und so der Betrieb der S-Bahn in einer Hand bleiben wird. ■ Christian Gaebler

STIMMEN ZUM KOALITIONSVERTRAG

DORO ZINKE, DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND BERLIN-BRANDENBURG:

Die Beteiligung des DGB hat das Thema „Gute Arbeit“ in einigen Bereichen deutlich nach vorne gebracht bzw. dafür gesorgt, dass innovative Projekte stabilisiert werden konnten. Unklar ist nach wie vor die Zukunft und Gestaltung Öffentlicher Dienste und der Umgang mit den sozialen Problemen in der Stadt.

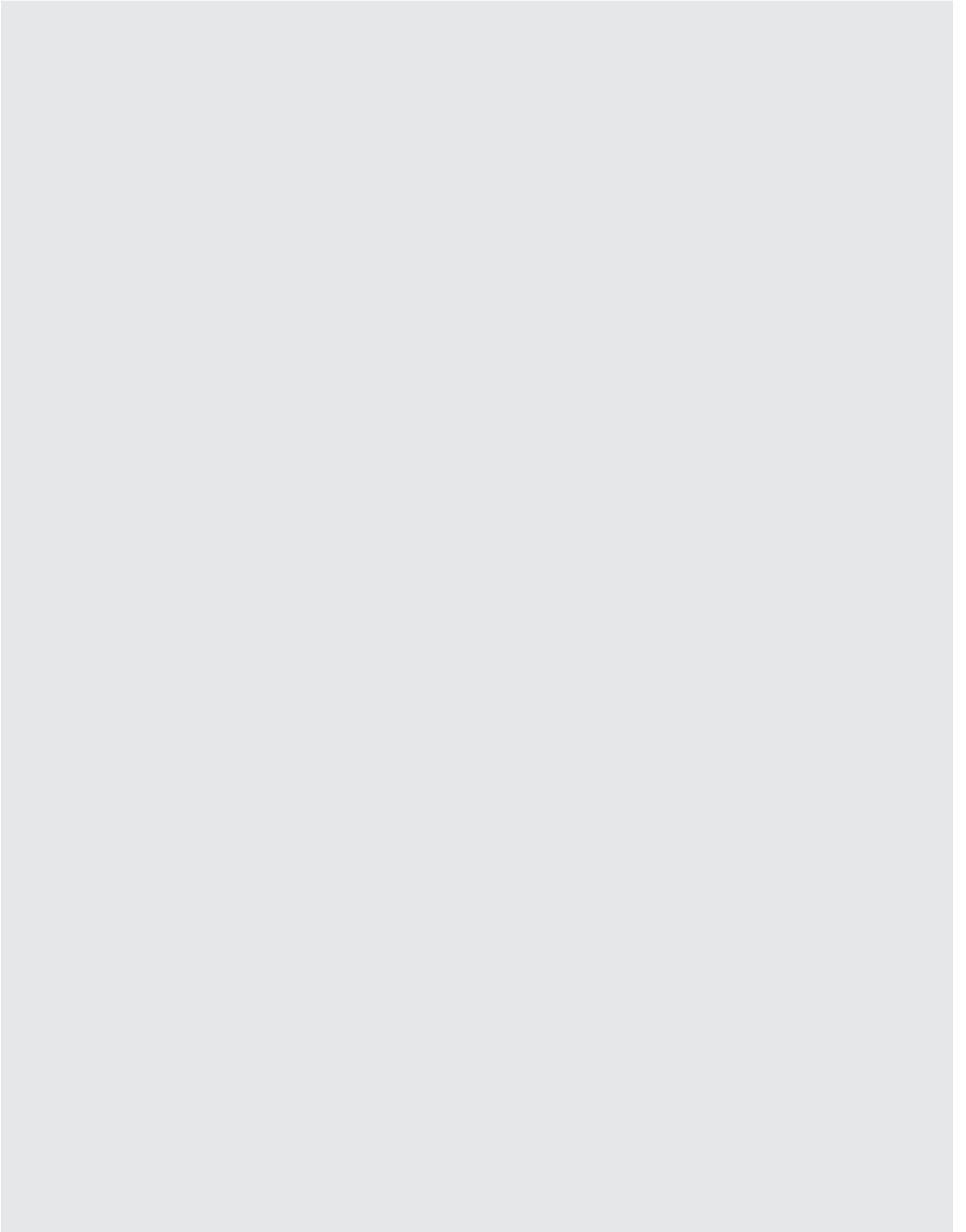
STEPHAN SCHWARZ, HANDWERKSKAMMER BERLIN: Das klare Bekenntnis der Berliner Koalitionsparteien zur Stärkung der Wirtschaft als Basis von Arbeit und Wohlstand ist sehr begrüßenswert. Der geplante Ausbau der A 100 ist ein wichtiges Ziel zur Entlastung von Wohnge-

bieten und Straßen und wird vom Berliner Handwerk ebenso befürwortet wie die Strategie zur Reduzierung des öffentlichen Sanierungsrückstaus durch verstärkte Investitionen in den Erhalt von Straßen, Tunneln und Brücken. Bildungspolitisch begrüßt die Handwerkskammer Berlin das Bekenntnis zur zweigliedrigen Schulstruktur in Berlin sowie zu den Anstrengungen, Unterrichtsausfall zu verhindern.

JÖRG STEINERT, LESBEN- UND SCHWULENVERBAND BERLIN-BRANDENBURG (LSVD): Wir sind optimistisch, dass Berlin unter Rot-Schwarz seine Vorreiterrolle im Kampf gegen Homophobie weiter ausbaut. Zwangsheirat, Homo-

phobie und Ehrenmorde sollen mit allen Mitteln bekämpft werden. An bildungspolitischen Errungenschaften wie dem für alle Schülerinnen und Schüler verpflichtenden Ethikunterricht hält die neue Koalition fest.

ÜLKER RADZIWIŁL, AG MIGRATION: In der Integrationspolitik ist für Kontinuität gesorgt. Die sozialdemokratische Handschrift ist klar zu erkennen. Das Bekenntnis der Koalition zur Einwanderungsstadt ist ein klares Signal. Insbesondere freut mich die Einigung zur Fortsetzung der Bundesratsinitiative zur Abschaffung der Optionspflicht. Die Tatsache, dass die CDU sich dafür einsetzt, stellt ein Novum dar. ■ vwb



VORWÄRTS PERSÖNLICH

Bundesparteitagelegierte. Auf dem Landesparteitag am 21. November hat die Berliner SPD ihre Delegierten zum Bundesparteitag bestimmt. Gewählt wurden: Monika Buttgerit, Robert Drewnicki, Andreas Geisel, Anja Hertel, Ralf Höschele, Oliver Igel, Barbara Loth, Klaus Mindrup, Vera Morgenstern, Mark Rackles, Julia Schimetta, Peter Senftleben, Ingo Siebert, Ulrike Sommer, Iris Spranger.



Angelika Schöttler, bisherige Jugendstadträtin, ist Ende November auf Vorschlag der rot-grünen Zählgemeinschaft als Nachfolgerin von Ekkehard Band zur Bezirksbürgermeisterin in Tempelhof-Schöneberg gewählt worden.

Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse ist für seine Verdienste um die deutsch-polnischen Beziehungen mit dem Herzogin-Hedwig-von-Schlesien-Preis für deutsch-polnische Verständigung geehrt worden. Der Preis wird gemeinsam von der Stadt Breslau und der Universität Breslau verliehen. Weitere Preisträgerin ist die 1929 geborene Solidarnosc-Aktivistin und Politikerin Olga Krzyzanowska. Die Preisverleihung fand im Rahmen der Feierlichkeiten zum 200. Jahrestag der Gründung der Universität Breslau statt.

Dr. Eva Högl, Bundestagsabgeordnete aus Mitte, ist auf dem Bundeskongress der Europa-Union im Amt der Vizepräsidentin bestätigt worden. Als weiteres Präsidiumsmitglied wurde **Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann** gewählt.

FOTOS: MARTINA HARTLEIB, THORSTEN METTER, SPD BERLIN, DE SIELVIE, BÜRO BRIGITTE LANGE, SIMON BECKER



Feierten 25 Jahre SGK Berlin: Michael Müller und Berliner Kommunalpolitiker.

DICHT AN DEN PROBLEMEN

Die SGK Berlin feierte ihr 25jähriges Bestehen

Ihr 25jähriges Bestehen hat die Berliner Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik am 25. November gefeiert.

Eine Vielzahl von Themen bestimmte die vergangenen 25 Jahre, manche auch als Dauerbrenner. Die SGK begleitete die Verwaltungsreform, die Erich Pätzold in den achtziger Jahren anstieß, sie mischte sich in die Debatte um die Bezirksreform ein. Vieles ist in den 78 mittlerweile erschienenen Ausgaben des SGK-Fo- rums festgehalten.

Zur Festveranstaltung konnte der Berliner SGK-Vorsitzende Horst Porath den Landesvorsitzenden Michael Müller, den neuen SGK-Bundesgeschäftsführer Ale-

xander Götz sowie den ersten Landesvorsitzenden der SGK, den ehemalige Weddinger Baustadtrat Jürgen Lüdtker begrüßen.

„Unsere größten Aktivitäten“, so der stellvertretende SGK-Vorsitzende Rainer Thamm, „lagen nach meinem Empfinden in der Zeit der Wiedervereinigung Berlins und Deutschlands: durch Rat und Tat in den Ostbezirken und in den Patenschaftsgemeinden des Umlandes, intensive Kontakte zu den Brandenburger Genossinnen und Genossen in ihrer neuen kommunalen Verantwortung, selbstverständlich für das Aufgehen im Bundesland Brandenburg und einen Berliner Magistrat.“ ■ vwb



Eine Spende von 725 Euro, Ergebnis eines Bücherflohmarkts, konnte die SPD-Abgeordnete Brigitte Lange (3. v. l.) der Stadtteilbibliothek im Märkischen Viertel überreichen.



Jubilarehrung in Mitte: Tommy Spree (m.), Wiedergründer des Antikriegsmuseums im Wedding, ist seit 50 Jahren Mitglied. Walter Momper überreichte ihm die Urkunde.

KIRCHE UND KULTUR

Diskussion mit Wolfgang Thierse und Petra Bahr

Das Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie lädt am 1. Februar zur Diskussion mit Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse und der Kulturbeauftragten der Evangelischen Kirche, Dr. Petra Bahr.

In ihrer Selbstdarstellung fördert die Evangelische Kirche in Deutschland „das kulturelle Leben diesseits und jenseits der Kirchenmauern in Deutschland und darüber hinaus. Als eine der größten Kulturträgerinnen des Landes prägt sie nicht nur das kulturelle Gedächtnis des Landes, sondern auch seine kulturelle Gegenwart.“

Ein Ansatz, der sich zu diskutieren

lohnt. Wie wird der Anspruch, den die EKD hier formuliert, umgesetzt? Von welchem Kulturbegriff lässt sich dieser Anspruch leiten? Wie passt er in eine säkulare Welt?

Darüber will das Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie mit der Kulturbeauftragten der Evangelischen Kirche, Dr. Petra Bahr, und dem Vorsitzenden des Kulturforums der Bundes-SPD, Dr. Wolfgang Thierse reden. Die Gesprächsleitung hat der Vorsitzende des Berliner Kulturforums Nikolaus Sander. Termin: Mittwoch, 1. Februar 2012, 19.30 Uhr, Kurt-Schumacher-Haus in Berlin, Erika-Heß-Saal, Müllerstr. 163. ■ N.S.

SPD-FRAKTION: ABSCHIED UND DANK

Die SPD-Fraktion hat Ende November die 22 Abgeordneten verabschiedet, die in der neuen Legislatur nicht mehr dem Abgeordnetenhaus angehören. Bei der Feier in der Eckkneipe Esplanade lobte der Fraktionsvorsitzende Michael Müller die hervorragende Zusammenarbeit. „Es war wieder keine einfache Legislaturperiode, aber wir waren ein gutes Team“, sagte er. „Ich blicke mit Freude, aber auch mit ein bisschen Wehmut auf diese Zeit zurück“, so eine der scheidenden Abgeordneten. Die Jahreskarte für die Staatlichen Museen, die als Abschiedspräsent überreicht wurde, soll in der Zukunft kulturelle Abwechslung bieten. ■ cs



Dank an die bisherige frauenpolitische Sprecherin der Fraktion Ulrike Neumann.

SPURENSUCHE IN WILMERSDORF

In der Duisburger Strasse ist mit Unterstützung der Anwohner und der SPD-Abteilung eine Gedenkstele errichtet worden, die an die mehr als 140 jüdischen Opfer des Nationalsozialismus allein in dieser Straße erinnert. In Anwesenheit von Staatssekretär André Schmitz, der Schriftstellerin Inge Deutschkron, des ehemaligen Regierenden Bürgermeisters Klaus Schütz und des Bezirksbürgermeisters Reinhard Naumann wurde sie jetzt übergeben. „Kein verordnetes Gedenken, sondern aktives Gedenken von unten, für und wegen der Opfer des Nationalsozialismus aus der Straße“, so der Wilmersdorfer SPD-Abteilungsvorsitzende Frank-Axel Dietrich. ■ vwb



Staatssekretär André Schmitz bei der Enthüllung der Gedenkstele.